

Freihandelsabkommen mit Ländern und Regionen außerhalb Afrikas (wie z.B. die EPAs) sollen wie bisher möglich bleiben, solange sie den Zielen der AfCFTA nicht entgegenstehen (Zölle gegenüber Drittländern außerhalb Afrikas dürfen nicht niedriger sein als innerhalb Afrikas).

Wirtschaftsexpert*innen sind sich einig, dass der Kontinent zu seiner Entwicklung vor allem Industrialisierung braucht, ein Sektor, der im vergangenen halben Jahrhundert, statt zu wachsen, noch gesunken ist. Der innerafrikanische Handel birgt ein hohes Potential, regionale Wertschöpfungsketten aufzubauen und damit Wachstum sowie Entwicklung günstig zu beeinflussen.

Aus afrikanischer Sicht fordert der Wirtschaftswissenschaftler **Felwine Sarr** aus dem Senegal eine Entkolonialisierung Afrikas, die die auf die Kolonialzeit zurückgehenden Handelsbeziehungen überwindet und sich vom „westlichen Fortschrittsmythos“ löst.

Afrika anders denken:

„Entwicklung“ ist also der Versuch, ein Unterfangen zu universalisieren, das im Westen seinen Ursprung hat und dort auch am gründlichsten umgesetzt worden ist. (...) Anstelle einer Stärkung des Originellen, der charakterlichen Besonderheiten der Völker (Afrikas) ist es zur Verordnung eines einheitlichen Modells gekommen. (...) Die Übertragung des westlichen Fortschrittsmythos hat eine Zerstörung des Grundcharakters der gesellschaftlichen Gruppen Afrikas zur Folge gehabt, ebenso der vorhandenen Solidarnetzwerke und ihrer Bedeutungszusammenhänge. Vor allem aber hat es zur Einschließung der Bevölkerungen in ein Wertesystem geführt, das nicht das ihre ist.“
(Felwine Sarr, Afrotopia, Bonn 2020; Seiten 21–25)

Forderungen für eine andere EU-Handelspolitik

- ➔ Ausstieg aus den EPAs zugunsten von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen in Afrika,
- ➔ Reduzieren der EU-Agrarexporte nach Afrika,
- ➔ Einstellen des Handels mit öffentlicher Grundversorgung wie Bildung, Gesundheit, Wasser- und Energie (Armut durch Liberalisierung und Privatisierung)
- ➔ Umfassende Transparenz und Beteiligung der afrikanischen Zivilgesellschaft bei Verhandlungen über zukünftige Wirtschaftsbeziehungen
- ➔ „Land Grabbing“ verhindern, bei dem sich Unternehmen und Spekulanten Landflächen in großem Stil aneignen,
- ➔ Rückgabe der Verfügungsmacht über die Ressourcen in die Hände der afrikanischen Bevölkerung (Fischbestände, Ländereien, Patente, Heilpflanzen, Saatgut-Lizenzen, Öl- und Gasvorräte, Bodenschätze,...) und die dazu notwendige Beschneidung der Rechte bzw. die Enteignung multinationaler Konzerne.

Weder mit militärischen Interventionen noch mit dem Export unserer „westlichen Werte“ können wir Afrika wirklich unterstützen. Aber wir können Schritt für Schritt aus unfairen und schädlichen Handelsverflechtungen aussteigen.



Attac-Regionalgruppe Göttingen
Treffen: Jeder 2. Dienstag im
Monat um 19.00 Uhr im Weltladen,
Nicolastr. 10, goettingen@attac.de

Afrika

- Hunger
- Perspektivlosigkeit
- Flucht

Was tragen wir dazu bei?

Wirtschaftsbeziehungen zwischen Afrika und der EU – Auswirkungen für Afrikaner*innen und Alternativen



Ungerechte Handelspolitik

Die Handelspolitik der Europäischen Union (EU) steht immer wieder in der Kritik, die Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie in Afrika zu behindern. Die hauptsächlichen Kritikpunkte sind, dass billige Agrarexporte afrikanischen Kleinbauern und Kleinbäuerinnen schaden und hohe EU-Handelshürden den Export verarbeiteter Güter aus Afrika verhindern.

Die EU hat seit 2000 im „Cotonou Abkommen“ (Benin) versucht, alle afrikanischen Staaten durch sogenannte **Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA)** in ein Korsett von Handelsabkommen zu pressen. Der Deal zielt darauf ab, dass der freie Zugang zum EU-Markt nur dann gewährt wird, wenn die EU langfristig auch Zollfreiheit erhält, zumindest für 80 Prozent ihrer zukünftigen Exporte nach Afrika.

Mit einem Nachfolgeabkommen („**Post-Cotonou-Abkommen**“) vom Dezember 2020, das das bisherige Cotonou-Abkommen ablöst, wird es auch weiterhin Sonderbeziehungen der EU zu den ehemaligen Kolonien in Afrika, der Karibik und dem Pazifik (AKP-Staaten) geben.

Der Wirtschaftsteil des Abkommens enthält u.a. den Abschluss von Investitionsschutzabkommen (Schutz westlicher Investoren vor politischen Entscheidungen der afrikanischen Regierungen, die die Gewinne einschränken könnten), oder die Liberalisierung des bisher weitgehend geschützten Dienstleistungssektors.

So sichert man sich Märkte für die Zukunft. Von einer „Partnerschaft auf Augenhöhe“ (laut Bundesregierung) kann keine Rede sein. Vielmehr drückt der stärkere Vertragspartner dem schwächeren seine Bedingungen auf. Das Post-Cotonou-Abkommen setzt die ökonomischen Interessen der EU, neue Absatzmärkte zu erschließen, über die Interessen der AKP-Länder, eigenständige Volkswirtschaften aufzubauen.

Kritiker des Abkommens fordern von Anbeginn, der neokolonialen Praxis ein Ende zu bereiten. Sonderbeziehungen der EU zu einzelnen afrikanischen Staaten würden alle Bemühungen der Afrikanischen Union (AU) torpedieren, für den Kontinent als Ganzes zu agieren und sich unter dem Dach der AU zu einer panafrikanischen Freihandelszone (AfCFTA) zusammenzuschließen.

Im **Juni 2022** wurde im EU Parlament eine **EntschlieÙung zur Zukunft der EU-Afrika Handelsbeziehungen** verabschiedet, die durchaus Kritik an der bestehenden Praxis und Absichtserklärungen für Verbesserungen enthält. Darin wird gefordert, dass die EU eine „völlig neue Grundlage“ für ihre Wirtschaftsbeziehungen mit dem afrikanischen Kontinent schafft. Es soll auf eine gleichberechtigte Partnerschaft hingearbeitet werden, die auf gegenseitigem Respekt und Verständnis beruht. Allen afrikanischen Ländern soll ein freier Marktzugang ohne Bedingungen gewährt werden, damit sie unbedrängt ihren Binnenmarkt zur Panafrikanischen Freihandelszone ausbauen können.

Ob und wann allerdings diese Erkenntnisse in der EU Kommission vorgestellt, von den verschiedenen Interessensgruppen diskutiert und verabschiedet sein werden und möglicherweise sogar konkrete Verbesserungen nach sich ziehen können, steht in den Sternen.

Inzwischen werden sich die Verhältnisse zuspitzen, **Hunger, Perspektivlosigkeit und damit Fluchtursachen** mehren. Zusätzlich wird sich und die **Handlungsunfähigkeit** vieler Staaten vergrößern – während allein die **Erderhitzung** unübersehbare Probleme mit sich bringt.

Stimmen aus Afrika

Stimmen aus Afrika gegen die unfairen Handelsbedingungen u. a. durch die EPAs gab es schon vor vielen Jahren. Sie kommen beispielsweise in Interviews mit Frauen aus dem Senegal, Kenia und Mali zum Ausdruck, die am Rande der Weltsozialforen 2011 und 2013 geführt wurden.

(David Goeßmann/ Fabian Scheidler (Hg.): 2019 „Der Kampf um globale Gerechtigkeit“)

Yayi Bayam Diouf, Senegal

Präsidentin des Verbandes „Frauen gegen klandestine (heimliche) Emigration“



... Unsere Familien leben vom Fischfang. Das ist unser Hauptwirtschaftszweig, davon lebten wir bisher zufrieden. Dann haben die afrikanischen Staaten mit der EU Fischereiabkommen geschlossen. Dabei wurden alle unsere Küstengebiete verschербelt und wir als kleine Fischer müssen jetzt mit den europäischen Fischfangflotten

konkurrieren. Auf einmal herrschen bei uns Armut und Arbeitslosigkeit. Das ist frustrierend und tut weh. Die jungen Leute sind morgens schon am Strand und beobachten die Trawler... Ich hatte einen einzigen Sohn, er ist im Meer (vor Teneriffa zusammen mit 80 jungen Männern) ertrunken...

Wangui Mbatia, Kenia

Anwältin, Gründerin des „People's Network of Grassroots Organizations“

... Einer der verheerendsten Umstände ... ist die Tatsache, dass reiche Länder unser fruchtbarstes Land aufkaufen... und zur gleichen Zeit, als Kenia Land für den Gemüseanbau ... abtrat, bettelte der Staat um Nahrungsmittelhilfen, weil Kenianer verhungerten. Das ergibt keinen Sinn.

... Ein weiteres Beispiel: In Kenia beuten Firmen unser Wasser aus, um Blumen anzubauen, zur selben Zeit, in der wir keine Nahrung haben ...

... Unsere natürlichen Ressourcen werden zunehmend patentiert ... So haben wir beispielsweise das Recht an unserer eigenen traditionellen Pflanzenmedizin verloren ... Unsere Regierungen sind in einer Kultur von Schulden, Entwicklungshilfe und Leid verklavt ...

Aminata Traoré, Mali

Koordinatorin des Forums für ein anderes Mali

... Wie in anderen Ländern auch, haben wir seit den 80er Jahren ein wirtschaftliches Modell, das vom Export landwirtschaftlicher Produkte abhängt. In unserem Fall ist es die Baumwolle, die zum größten Teil exportiert wird. Also findet keine Wertschöpfung statt, keine Schaffung von Arbeitsplätzen. Wir sind vom Preis auf dem Baumwollmarkt abhängig... Das Gold geht raus aus unserem Land, ohne dass wir überhaupt wissen, wieviel – und das auf der Grundlage von Verträgen, von denen normale Bürger nichts erfahren ...

Dieser Kriegszustand wird die Zerstörung Malis besiegeln... Malier töten heute andere Malier im Namen des Krieges gegen den Terrorismus ...

Um sich aus der Krise zu befreien, braucht der Neoliberalismus die Reichtümer Afrikas, um weltweit wieder Wachstum zu schaffen. Wenn uns gesagt würde: „Afrika, wir brauchen eure Reichtümer“ - dann würden wir uns das genau anschauen und NEIN sagen! Wir sind doch keine Idioten! ...

Alternativen für Afrika

Im Mai 2019 ist das Abkommen über die **Afrikanische Kontinentale Freihandels-Zone** (African Continental Free Trade Area, AfCFTA) in Kraft getreten. Perspektivisch soll die AfCFTA die Grundlage für einen umfassenden afrikanischen Binnenmarkt nach EU-Muster schaffen mit freiem Waren- und Personenverkehr und der



Liberalisierung von Dienstleistungen. All das ist zentraler Baustein des Fernziels der AU: Bis zum Jahr 2063, hundert Jahre nach Gründung des AU-Vorgängers OAU (Organisation für Afrikanische Einheit), soll Afrika geeint und wohlhabend sein.

Die Vereinbarung sieht vor, dass bis zu 97 Prozent des innerafrikanischen Warenverkehrs von Zöllen befreit werden, eine Hormonspritze für den kontinentalen Binnenhandel, der bislang lediglich zwölf Prozent aller afrikanischen Exporte (Stand 2021) ausmacht.